

Bürgermeister Raetz berichtet über den aktuellen Stand bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen. Inzwischen habe sich die Lage dramatisch entwickelt und es müsse von einer grundsätzlichen Inanspruchnahme aller Hallen ausgegangen werden, auch wenn man gerade die Nutzung von Turnhallen vermeiden wollte.

Die fehlenden Mittel unter Punkt 4 im Beschlussvorschlag habe die Verwaltung inzwischen kalkuliert. Die Jahresmiete werde - bei monatlich 44.000 €- 528.000 €betragen. Für die erstmalige Herrichtung des Grundstücks – Anschlüsse für Kanal, Wasser etc. – sei mit ca. 400.000 € zu rechnen, so dass der Betrag von 950.000 € in den Beschlussvorschlag einzusetzen sei.

Aber auch hier sei es nur eine Frage der Zeit bis zur Erreichung der Kapazitätsgrenze.

Bürgermeister Raetz weist darauf hin, dass auf Seite 2 von einstimmigen Beschlüssen die Rede sei. Dies sei dahingehend zu korrigieren, dass bei Punkt 3 der Beschluss mehrheitlich gefasst wurde.

Ratsherr Huth dankt für die UWG-Fraktion allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und der Verwaltung für ihren Einsatz.

Die Vorlage der Verwaltung könne seine Fraktion so nicht billigen. Es gebe die Möglichkeit 320 Menschen unterzubringen und damit auch die Belegung der Turnhallen zu vermeiden.

Er stellt daher den Antrag, auch die Internatsgebäude des Pallottikollegs für eine Unterbringung der Flüchtlinge mit in Betracht zu ziehen.

Ratsherr Logemann schließt sich dem Dank von Rats Herrn Huth an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und die Verwaltung an. Er stelle sich mittlerweile die Frage, wann der Zeitpunkt für eine Überlastungsanzeige gekommen sei. Es sei an der Zeit, ganz klar darzustellen, dass die Obergrenze erreicht sei. Schließlich stünde den Städten und Gemeinden ja auch die große Aufgabe bevor, die bereits aufgenommenen Menschen zu integrieren und ihnen ein neues zu Hause zu geben.

Den Antrag der UWG-Fraktion könne er nicht befürworten, da sich die bisherige Praxis der dezentralen Unterbringung als gut erwiesen habe und mit der Einbeziehung der Internatsgebäude des Pallottikollegs zu viele Menschen auf einer kleinen Fläche untergebracht würden.

Rats Herr Beißel führt aus, dass der ungebrochene Wille, den Flüchtlingen Unterkunft zu gewähren, inzwischen an seine Grenzen stoße.

Wie Rats Herr Logemann habe auch er Bedenken, so eine große Zahl an Menschen zentral unterzubringen. Seine Bedenken gelten sowohl dem Wohnumfeld, dem schulischen Bereich und natürlich auch den untergebrachten Menschen. Auch ethnischen Konflikten könne man bei einer solchen Unterbringung nicht in geeigneter Weise gerecht werden.

Gerade die in Rede stehende Fläche stelle für Rheinbach ein wichtiges Entwicklungspotential dar, das nicht anderweitig – auch nicht auf Zeit - genutzt werden sollte, da dies für die Entwicklung Rheinbachs schädlich wäre.

Rats Frau Koch gibt zu bedenken, dass in der heutigen Sitzung lediglich über die Prüfung der Optionen beschlossen werden könne, da das Gespräch zwischen Verwaltung und den Pallottinern noch nicht stattgefunden habe. Ihre Fraktion möchte sich alle Optionen offen halten, bis das Gespräch stattgefunden habe und neue Erkenntnisse vorliegen.

Ratsherr Meyer schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Koch an und führt zu den Bedenken von Ratsherrn Beißel aus, dass die Stadt durchaus noch über andere Entwicklungspotentiale verfüge und man angesichts der Vorteile der Unterbringung von Flüchtlingen auf der Pallottifläche dieses Opfer bringen könne.

Ratsherr große Deters sieht einen Zielkonflikt und bittet alle Fraktionen um Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit. SPD und UWG gehe es vor allem darum, alle Möglichkeiten zu nutzen, die eine Belegung der Turnhallen verhindern könnten.

Ratsherr Danz stellt den Antrag, alle Belegungsoptionen im Pallottikolleg zu prüfen und über die Erkenntnisse gegebenenfalls in einer Sondersitzung im Januar 2016 zu beraten und zu beschließen.

Bürgermeister Raetz schlägt vor, in der heutigen Sitzung lediglich über die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages zu beschließen. Punkt 2 des Beschlussvorschlages werde von der Verwaltung abgearbeitet und die neuen Erkenntnisse dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Eine Wiedervorlage im Rat sollte den Vergleich zwischen der Belegung der Internatsgebäude oder dem Schulgebäude und die Benennung einer Zeitschiene enthalten.

Der Vorschlag findet einvernehmliche Zustimmung.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 18.43 bis 18.49 Uhr gibt Ratsherr Beißel bekannt, dass sich die Ratsmitglieder dem Vorschlag des Bürgermeisters anschließen.

Nach weiterer kurzer Diskussion lässt Bürgermeister Raetz über die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages mit der eingesetzten Summe von 950.000 € unter Punkt 4 abstimmen.